

**Professor Mautner, der Protest gegen die Justizreform erfasst immer weitere Teile der Gesellschaft, aber Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zeigt kaum Einsicht. Haben Sie noch Hoffnung auf eine einvernehmliche Lösung?**

Mein Optimismus ist in den letzten Wochen von Minute zu Minute geschwunden. Zum jetzigen Zeitpunkt glaube ich, dass die neuen Gesetze in Kraft treten werden. Wenn dann jemand das Höchste Gericht anruft, wird es zumindest einen Teil des Pakets für nichtig erklären, weil die Regelungen darauf hinauslaufen, dass Israel sich weg von einer liberalen Demokratie hin zu einem undemokratischen Regierungssystem entwickelt. Und dann, wenn die Regierung die Entscheidung des Gerichtshofs nicht akzeptiert, befinden wir uns mitten in einer beispiellosen Verfassungskrise. Dann stehen zwei staatliche Institutionen gegeneinander, und Polizei, Armee und alle anderen Institutionen stecken in dem Dilemma, welcher Seite sie folgen sollen, der Regierung oder dem Gericht.

**Was würde dann folgen?**

Es kursierte zuletzt eine Theorie, dass Netanjahu genau das will. Dass er will, dass der Gerichtshof für ihn die unangenehme Arbeit macht und die Gesetze aufhebt. Er könnte dann als der verantwortungsvolle Erwachsene in dem Chaos auftreten und sagen: „Okay, der Gerichtshof hat das entschieden, das müssen wir respektieren. Und deshalb müssen wir Teile des Gesetzespakets zurücknehmen.“

**Sie glauben also, dass Netanjahu mithilfe der Richter die Teile der Reform loswerden will, die ihm selbst zu extrem sind?**

Ich glaube, Netanjahu hat selbst nur ein persönliches Ziel: Er will seine eigenen rechtlichen Probleme lösen. Gegen ihn läuft seit drei Jahren ein Korruptionsprozess. Das ist sein zentrales Motiv. Netanjahu ist selbst prowestlich. Er hat lange in den Vereinigten Staaten gelebt. Ich glaube nicht, dass er den Wunsch seiner Koalitionspartner teilt, den Gerichtshof zu beschädigen und die israelische Demokratie auszuhöhlen. Aber er sitzt in der Falle. Er sitzt in der Falle seiner eigenen Koalition mit fünf antiwestlichen und antiliberalen Parteien. Und er sitzt in der Falle seiner eigenen populistischen Rhetorik, die er über Jahre befeuert hat, indem er und seine Partei die Massen gegen das Höchste Gericht aufgestachelt haben. Jetzt kommen Sie da nicht mehr raus. Sie haben einen Dämon geschaffen – das Gericht

# „Politische Proteste können nicht ohne Gerichte gelöst werden“

Israel steht durch den Streit über die Justizreform in einer Verfassungskrise. Der Staatsrechtler Menachem Mautner, einer der Richter – verurteilt die Pläne der Regierung.



„Tag des Widerstands“: Hunderttausende demonstrieren am Samstag in Tel Aviv gegen die Justizreform.

staben des Gesetzes arbeiten. Der Begriff der „Angemessenheit“ wurde vor Jahrzehnten vom Gerichtshof entwickelt, weil er dadurch allgemeine Rechtsprinzipien weitreichender einfließen lassen konnte (ähnlich dem deutschen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, d. Red). Aber das Problem ist nicht der Begriff. Das Problem

Der Kern des Problems liegt aus meiner Sicht gar nicht so sehr in der aktivistischen Rechtsprechung, sondern noch tiefer, im Verhalten des liberalen Teils der israelischen Gesellschaft. Der hat in den vergangenen Jahrzehnten einen großen Teil seiner politischen Macht verloren, seit der rechte Likud 1977 die Wahlen gewann. Die Rechte war seitdem 40 von 45 Jahren an der Regierung. Die Liberalen verlagerten



**Sie glauben also, dass Netanjahu mithilfe der Richter die Teile der Reform loswerden will, die ihm selbst zu extrem sind?**

Ich glaube, Netanjahu hat selbst nur ein persönliches Ziel: Er will seine eigenen rechtlichen Probleme lösen. Gegen ihn läuft seit drei Jahren ein Korruptionsprozess. Das ist sein zentrales Motiv. Netanjahu ist selbst prowestlich. Er hat lange in den Vereinigten Staaten gelebt. Ich glaube nicht, dass er den Wunsch seiner Koalitionspartner teilt, den Gerichtshof zu beschädigen und die israelische Demokratie auszuhöhlen. Aber er sitzt in der Falle. Er sitzt in der Falle seiner eigenen Koalition mit fünf antiwestlichen und antiliberalen Parteien. Und er sitzt in der Falle seiner eigenen populistischen Rhetorik, die er über Jahre befeuert hat, indem er und seine Partei die Massen gegen das Höchste Gericht aufgestachelt haben. Jetzt kommen Sie da nicht mehr raus. Sie haben einen Dämon geschaffen – das Gericht und die unabhängigen Rechtsberater.

**Sie gehören selbst zu denjenigen, die die Rechtsprechung des Höchsten Gerichts seit Langem kritisieren. Sind nicht Teile der Reform begründet?**

Einige der Vorschläge werden inzwischen weitgehend akzeptiert, selbst von den überzeugtesten Unterstützern des Gerichts. Zum Beispiel, dass die Theorie der „Angemessenheit“ eingeschränkt wird, damit sie nicht mehr auf das Verhalten von Politikern anwendbar ist. Das fordere ich seit Langem schon, und immer mehr Menschen teilen diese Meinung. Selbst Präsident Jitzchak Herzog hat diesen Punkt in seinen Kompromissvorschlag zur Lösung der Krise aufgenommen.

**Was ist das Problem?**

Der Begriff der „Angemessenheit“ ist ein Schlagwort für etwas, das jedes Gericht auf der Welt tut, nämlich allgemeine Rechtsgrundsätze zu verwenden. Kein Gericht der Welt kann nur mit den blanken Buch-



**„Tag des Widerstands“: Hunderttausende demonstrieren am Samstag in Tel Aviv gegen**

staben des Gesetzes arbeiten. Der Begriff der „Angemessenheit“ wurde vor Jahrzehnten vom Gerichtshof entwickelt, weil er dadurch allgemeine Rechtsprinzipien weitreichender einfließen lassen konnte (ähnlich dem deutschen Grundsatz der



Foto privat

Menachem Mautner

Verhältnismäßigkeit, d. Red). Aber das Problem ist nicht der Begriff. Das Problem ist der juristische Aktivismus, mit dem das Gericht in die Befugnisse der anderen Staatsgewalten eingegriffen hat. Es fing an, alle möglichen Entscheidungen der Exekutive am Prinzip der Angemessenheit zu überprüfen. Das heißt, es bestimmte einige Grundsätze, die Teil seiner Rechtsprechung sind, gab jedem konkurrierenden Grundsatz ein relatives Gewicht und überprüfte dann die Angemessenheit der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen an diesem Maßstab. Ich denke, es besteht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass dieser Aktivismus des Gerichts eingedämmt werden sollte. Beispielsweise sollte man nicht die Ernennung von Ministern auf ihre „Angemessenheit“ hin überprüfen.

**Kürzlich sprachen Sie sogar von einer „aggressiven Doktrin der Angemessenheit“ – was meinen Sie damit?**

Der Kern des Problems liegt aus meiner Sicht gar nicht so sehr in der aktivistischen Rechtsprechung, sondern noch tiefer, im Verhalten des liberalen Teils der israelischen Gesellschaft. Der hat in den vergangenen Jahrzehnten einen großen Teil seiner politischen Macht verloren, seit der rechte Likud 1977 die Wahlen gewann. Die Rechte war seitdem 40 von 45 Jahren an der Regierung. Die Liberalen verlagerten deshalb einen wesentlichen Teil ihrer politischen Aktivität an den Gerichtshof, der wie in anderen westlichen Demokratien der zentrale Akteur ist, um liberale Werte durchzusetzen. Das geschah durch Hunderte von Klagen und Petitionen. Und der Gerichtshof tat seinen Teil, indem er Verfahren zu politischen Themen zuließ und gleichzeitig seine eigenen Rechtsprechungskompetenzen immer weiter ausdehnte. Meine Kritik richtet sich gegen diesen Teil der Gesellschaft. Ich glaube an die altmodische Art, Politik zu machen, nämlich vor Ort bei den Menschen, mit ihnen zu sprechen, ihre Sorgen zu erfahren und eine persönliche Bindung aufzubauen, anstatt vor Gericht zu ziehen. Politische Probleme können nur durch Politik gelöst werden und nicht durch Gerichte.

**Aber was ist dann das Problem an der Justizreform?**

Das zentrale Problem der Gesetzesvorhaben ist der Nominierungsprozess für das Höchste Gericht und Posten im gesamten

# Probleme durch werden“

Form am Rande einer  
Autoren sieht eine Mitschuld  
Regierung aber scharf.



gegen die Justizreform.

Foto Anadolu

Justizsystem, das an diesem Montag verabschiedet werden soll. Hier müssen wir uns mit aller Kraft gegen die Pläne der Regierung stellen. Die Koalition ist dabei, die Zusammensetzung des Richterwahlausschusses zu ändern. Die Regierung hätte damit die vollständige Kontrolle über den Nominierungsprozess für die Richter am Höchsten Gericht – und an

allen anderen Gerichten. Das würde bedeuten, dass die regierende Koalition alle drei Gewalten beherrscht, Exekutive, Legislative und Justiz. Wenn das passiert, verlieren wir einen wesentlichen Wesenszug der westlichen Demokratien. Montesquieu hat schon 1748 geschrieben, dass es der erste Schritt auf dem Weg in die Tyrannei ist, wenn alle Macht in den Händen einer der Gewalten liegt.

**Die Befürworter der Justizreform sagen, das Nominierungsverfahren für die Justiz sei zu lange von linksliberalen Netzwerken kontrolliert worden. Stimmt das nicht?**

Das stimmt zumindest für die letzten 15 Jahre nicht mehr. Davor stimmte es bis zu einem gewisse Grad. In den 1980er- und 1990er-Jahren hatte das Höchste Gericht übermäßigen Einfluss auf den Wahlauschuss. Aber seit 2008 ist das Verfahren neu geregelt. Seitdem braucht man eine Mehrheit von sieben der neun Stimmen im Ausschuss, um höchste Richter zu ernennen. Da nur drei Richter in dem Gremium sitzen, haben sie viel von ihrer früheren Macht verloren. Seitdem beobachten wir etwas anderes, über das ich ausgesprochen froh bin: Verhandlungen innerhalb des Ausschusses, Absprachen und Kompromisse zwischen den unterschiedlichen politischen Gruppen.

**Ein anderer heftig umstrittener Punkt ist, dass ausdrücklich festgeschrieben werden soll, dass die Knesset mit ihrer Regierungsmehrheit eine Entscheidung des Höchsten Gerichts überstimmen darf.**

Für mich ist diese Regelung gar nicht so entscheidend. Sie ist aus der kanadischen Verfassung von 1982 kopiert. Ich finde nur, dass man eine breitere Mehrheit vorschreiben sollte, um ein vom Höchsten Gericht annulliertes Gesetz wieder in Kraft zu setzen. Nicht nur 61 von 120 Knesset-Abgeordneten, wie es die Koalition plant, sondern mindestens 70 Stimmen. Aber man muss auch sehen, dass beide Varianten eine Verbesserung zur heutigen Situation wären. Denn bislang gibt es hierfür überhaupt keine gesetzliche Regelung. Heute könnte die Knesset theoretisch mit einer Mehrheit von einer zu null Stimmen eine Entscheidung des Höchsten Gerichts überstimmen. Und mit der gleichen Mehrheit könnte sie „Grundgesetze“ in Kraft setzen, die die israelische Verfassung bilden. Das sind ganz offensichtlich schwere Anomalien im Rechtssystem unseres Landes, weil in Israel viele Fragen dieser Art nie gelöst wurden

**Also sind die Pläne für die Justizreform in dieser Hinsicht besser als der Status quo? Zudem soll ja erstmals das Verfahren für „Grundgesetze“ geregelt werden, die in Israel die Rolle einer Verfassung haben. Auch hier schlägt die Regierung eine Mehrheit von 61 von 120 Knesset-Mitgliedern vor.**

Ganz genau. Das ist eine große Verbesserung. Aber es ist immer noch eine sehr gefährliche Situation, weil jede Regierung in Israel grundsätzlich über die Mehrheit von 61 der 120 Abgeordneten verfügt. Damit kann sie jederzeit Grundgesetze mit dieser Mehrheit in Kraft setzen. Deshalb wäre ich dafür, eine Mehrheit von 80 Abgeordneten zu verlangen, um Grundgesetze zu erlassen. In einer liberalen Demokratie muss man für die Verabschiedung von Verfassungsbestimmungen auf breite Mehrheiten bestehen. Andernfalls würde es sehr leicht, Israel von seinem derzeitigen liberal-demokratischen Regierungssystem in eine Richtung zu transformieren, die sich viel mehr an jüdischen Traditionen und jüdischem Religionsgesetz anlehnen würde, die nicht unbedingt liberal-demokratische Werte verkörpern.

**Ist das Ihre Befürchtung?**

Alle sprechen im Moment über die Justizreform, aber die anderen Koalitionsvereinbarungen zwischen Likud und den fünf anderen Parteien sind ebenso problematisch. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes haben wir eine Koalition, in der fünf von sechs Parteien westliche Werte und die Grundsätze der liberalen Demokratie ablehnen. Netanjahus Likud ist eine nationalistische, aber in Teilen liberale und säkulare Partei. Doch die anderen fünf Koalitionsmitglieder eint vor allem eins: Die Verachtung gegenüber westlicher Kultur und demokratischen Werten – und der Wunsch, Israels Demokratie in ein theokratisches System zu verwandeln. Es hat mich vier schmerzhaft Tage gekostet, die Hunderten Abschnitte des Koalitionsvertrags zu lesen. Aber seitdem weiß ich: Wenn alle diese Pläne umgesetzt werden, wird sich das Wesen des Staates ändern. Es wird Israel zu einem deutlich religiöseren und weniger mit dem Westen verbundenen Land machen. Deshalb zieht es so viele Menschen zu den Protesten auf die Straße. Sie haben erkannt, dass sie vor einer fundamentalen Transformation stehen, wenn die Koalition ihre Pläne umsetzt.